

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 14 | 08.04.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 33/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass **§ 754 Abs 3 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) verfassungswidrig** war (Verletzung im Gleichheitsrecht durch den Ausschluss unehe-licher Kinder vom gesetzlichen Erbrecht zum Nachlass der Verwandten des [verstorbenen] Vaters)

[BGBl I 34/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 75 Abs 1 des Gehaltsgesetzes** 1956 durch den Verfassungsgerichtshof (Verletzung im Gleichheitsrecht durch den Ausschluss einer ruhegenussfähigen Verwendungszu-lage für Beamte des Exekutivdiensts im Falle der höherwertigen besoldungsgruppenübergreifenden dauernden Verwendung)

[BGBl I 35/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 31 Abs 2 Z 2 des Heeresgebührengesetzes** 2001 durch den Verfassungsgerichtshof (Verletzung im Gleichheitsrecht durch die Beschränkung der Wohnkostenbeihilfe auf Eigentümer, Miteigentümer oder Hauptmieter)

[BGBl II 133/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung, mit der **zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen** getroffen werden, geändert wird

[BGBl II 134/2022](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbe-reich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

[BGBl II 136/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der angeordnet wird, für welche Staatsanwaltschaften, Landesgerichte und Bezirksgerichte in anderen Bundesländern als Wien eine Jugendgerichtshilfe eingerichtet ist (**Jugendgerichtshilfe-Verordnung – JGHVO**)

[BGBl II 139/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend nähere Bestimmungen über die **Durchführung von COVID-19-Tests im niedergelassenen Bereich** geändert wird

[BGBl II 142/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend die Festlegung von Screeningprogrammen im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 (**COVID-19-ScreeningVO**)

[BGBl II 143/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Automatisiertes Fahren Verordnung geändert wird (2. Novelle zur **AutomatFahrVO**)

[BGBl II 148/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Verfassung und EU betreffend die **Änderung der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs über die elektronische Durchführung von Verfahren**

[BGBl II 149/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur **Gewährung von Investitionszuschüssen** für die Neuerrichtung, Revitalisierung und Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Quellen für das Jahr 2022

[BGBl III 54/2022 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Rumänien zur **Beendigung des Abkommens** zwischen der Republik Österreich und **Rumänien** über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen **Schutz von Investitionen**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 107 v 06.04.2022, 1](#)

Richtlinie (EU) 2022/542 des Rates vom 5. April 2022 zur Änderung der Richtlinien 2006/112/EG und (EU) 2020/285 in Bezug auf die **Mehrwertsteuersätze**

[ABI L 107 v 06.04.2022, 13](#)

Richtlinie (EU) 2022/543 des Rates vom 5. April 2022 zur Änderung der Richtlinien 2008/118/EG und (EU) 2020/262 bezüglich **Tax-free-Verkaufsstellen** im französischen Terminal des Kanaltunnels

[ABI L 107I v 06.04.2022, 1](#)

Empfehlung (EU) 2022/554 der Kommission vom 5. April 2022 zur **Anerkennung der Qualifikationen** von Menschen, die vor der Invasion Russlands in der **Ukraine** fliehen

[ABI L 109 v 08.04.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/562 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1303/2013 und (EU) Nr 223/2014 in Bezug auf den Einsatz von **Kohäsionsmitteln** zugunsten von **Flüchtlings in Europa** (CARE)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.02.2022, [V 216/2021](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer **Halteverbotsverordnung** in Villach mangels Determinierung des zeitlichen und örtlichen **Geltungsbereichs**

01.03.2022, [E 1531/2021](#)

BundesvergabeG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Zurückweisung eines Antrags auf **Nichtigerklärung** der – gesondert anfechtbaren – Entscheidung, mit einem anderen Unternehmer eine Rahmenvereinbarung abzuschließen; Gegenstand des Nachprüfungsverfahrens durch Partei ausreichend klar bezeichnet und vor dem Hintergrund des Verfahrensstadiums unzweifelhaft

01.03.2022, [E 4194/2021](#)

BundesvergabeG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Festsetzung jeweils einer **Pauschalgebühr** für jede gesondert angefochtene Losentscheidung hinsichtlich der Lieferung von digitalen Endgeräten nach dem (geschätzten) Gesamtwert sämtlicher angefochtener Lose gem dem BundesvergabeG

08.03.2022, [E 2113/2021](#)

Symbole-G; Ablehnung einer gegen das Symbole-G gerichteten Beschwerde; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Symbole-G; zur Beantwortung der Frage, ob die angefochtene **Bestrafung** im Einzelnen dem Gesetz entspricht, sind spezifische verfassungsrechtliche Überlegungen nicht anzustellen

08.03.2022, [E 3120/2021](#)

Symbole-G; Stattgabe einer Beschwerde, die sich gegen ein Erkenntnis des VwG Wien richtete, in dem die **Untersagung einer Versammlung** für rechtmäßig befunden wurde; das VwG war davon ausgegangen, dass das Symbole-G ein unmittelbar wirksames, auch von der Versammlungsbehörde zu beachtendes Verbot enthält; Verbot nach dem Symbole-G, ein bestimmtes Symbol zu verwenden hat für die Untersagung einer Versammlung eine bestimmte Indizwirkung, reicht aber für sich allein nicht aus, die Untersagung zu rechtfertigen; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das gesetzliche Verbot, bestimmte Symbole öffentlich zur Schau zu stellen; es liegt im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers, der Verbreitung demokratiegefährdender Ideologien dadurch entgegenzuwirken, dass die Verwendung einschlägiger Symbole untersagt wird; vor dem Hintergrund des Art 10 EMRK muss ein solches Verbot allerdings so verstanden werden, dass allein die spezifische **Verwendung des Symbols für verfassungswidrige Zwecke** verboten und strafbar ist.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.01.2022, [Ra 2020/11/0221](#)

FührerscheinG; für das Vorliegen von **besonders gefährlichen Verhältnissen** iSd § 7 Abs 3 Z 3 FührerscheinG ist es nicht nötig, dass es zu einer konkreten Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer gekommen ist; es genügt vielmehr, dass der Verstoß gegen Verkehrsvorschriften unter Umständen erfolgte, die das Verhalten des Lenkers an sich geeignet erscheinen lassen, besonders gefährliche Verhältnisse herbeizuführen (etwa erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen vor Schulen oder Kindergärten oder das Fahren gegen die Fahrtrichtung auf Autobahnen)

31.01.2022, [Ra 2021/01/0322](#)

StaatsbürgerschaftsG; gem § 58c StaatsbürgerschaftsG können Personen, die auf Grund **nationalsozialistischer Verfolgung** aus Österreich fliehen mussten, oder deren Nachkommen die österreichische Staatsbürgerschaft durch Anzeige wiederlangen; aufgrund der Privilegierung dieser Personen beim Erwerb der Staatsbürgerschaft können diese Personen auch ih-

re bisherigen Staatsangehörigkeiten beibehalten; diese Privilegierung in § 58c leg cit ist auch bei der Anwendung der Regelungen zur **Beibehaltung der Staatsbürgerschaft** in § 28 leg cit zu beachten; ein die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft rechtfertigender „besonders berücksichtigungswürdiger Grund“ besteht somit darin, dass die antragstellende Person ein Nachkomme jener Person ist, die die Staatsbürgerschaft nach § 58c leg cit erworben hat oder erwerben hätte können

24.02.2022, [Ro 2020/05/0030](#)

Wr BauO; ein Vorhaben, das keine **Auswirkung** auf das **äußere Erscheinungsbild** der Stadt iSd § 7 Wr BauO hat, kann sich auch nicht auf das öffentliche Interesse iSd § 69 Abs 3 leg cit auswirken; wird das öffentliche Interesse mangels Sichtbarkeit einer Abweichung nicht tangiert, ist es nicht schützenswert und die Abweichung muss nicht im überwiegenden Interesse der Öffentlichkeit gelegen sein; ein **in einer Schutzzone befindliches Bauvorhaben** muss somit eine Auswirkung auf deren äußeres Erscheinungsbild haben, damit die Kriterien des § 69 Abs 3 leg cit zur Anwendung gelangen können; Bauvorhaben, die im Stadtbild eine solche Auswirkung nicht haben, sind nur nach § 69 Abs 1 und 2 leg cit zu beurteilen; § 69 Abs 3 leg cit kommt in diesem Fall nicht zur Anwendung

03.03.2022, [Ra 2020/18/0256](#)

AsylG; die Tatsache, dass der Mitbeteiligte bislang nicht strafrechtlich verurteilt worden ist, entbindet das BVwG im **Aberkennungsverfahren** nicht von einer **eigenständigen Beurteilung der Gefährlichkeit** des Mitbeteiligten; wenn das BVwG von der Entscheidung des BFA abgehen will, ist es gehalten, auf beweiswürdige Argumente des BFA einzugehen und nachvollziehbar zu begründen, aus welchen Gründen es zu einer anderen Entscheidung kommt; wenn das BVwG ausführt, die Antworten des Mitbeteiligten in der mündlichen Verhandlung sprächen „nicht für den Anschein einer potentiell konkreten Gefährdung der Sicherheit der Republik Österreich“, legt es außerdem einen rechtlich unrichtigen Prüfmaßstab zugrunde; entscheidend ist nämlich nicht etwa der „Anschein“ einer potentiell konkreten Gefahr, sondern, ob stichhaltige Gründe für die Annahme sprechen, dass der Fremde eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich darstellt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[05.04.2022, Rs C-140/20, Commissioner of the Garda Síochána ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation – Vertraulichkeit der Kommunikation – Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste – **Allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung** von Verkehrs- und Standortdaten – **Zugang zu auf Vorrat gespeicherten Daten** – Nachträgliche gerichtliche Kontrolle – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8 und 11 sowie Art 52 Abs 1 – Möglichkeit für ein nationales Gericht, die zeitliche Wirkung einer **Ungültigerklärung nationaler Rechtsvorschriften**, die mit dem Unionsrecht unvereinbar sind, zu beschränken – Nichteinbeziehung

[05.04.2022, Rs C-161/20, Kommission/Rat \(Organisation maritime internationale\)](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss des Rates, der sich aus der Handlung des Ausschusses der Ständigen Vertreter (AStV) vom 5. Februar 2020 ergibt, mit der die an **die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO)** gerichtete Eingabe betreffend die Einführung von Lebenszyklus-Leitlinien für die Schätzung der WtT-Treibhausgasemissionen **nachhaltiger alternativer Kraftstoffe** gebilligt wurde – Art 17 Abs 1 EUV – Vertretung der Europäischen Union nach außen – Übermittlung dieser Eingabe an die IMO im Namen der Mitgliedstaaten und der Kommission durch den Mitgliedstaat, der den Ratsvorsitz innehat

[07.04.2022, Rs C-116/20, Avio Lucos](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Gemeinsame Agrarpolitik – Direktzahlungen – Gemeinsame Regeln – Regelung für die einheitliche Flächenzahlung – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Art 2 Buchst c – **Begriff ‚landwirtschaftliche Tätigkeit‘** – Art 35 – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – Nationale Regelung, die die Vorlage eines Rechtstitels zum Nachweis des Rechts zur Nutzung der dem Betriebsinhaber durch Konzessionsvertrag zur Verfügung gestellten landwirtschaftlichen Parzelle verlangt und die Gültigkeit eines solchen Vertrags davon abhängig macht, dass der künftige **Konzessionär Tierzüchter oder -eigentümer** ist – Konzessionär einer Weide, der einen Kooperationsvertrag mit Tierzüchtern geschlossen hat – Rechtskraft

[07.04.2022, Rs C-176/20, RS Avio Lucos](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Gemeinsame Agrarpolitik – **Direktzahlungen** – Gemeinsame Regeln – Regelung für die **einheitliche Flächenzahlung** – Verordnung (EU) Nr 1307/2013 – Art 4 Abs 1 Buchst a und c und Abs 2 Buchst b – Nationale Regelung, die Direktzahlungen davon abhängig macht, dass der Betriebsinhaber eigene Tiere hält – Art 9 Abs 1 – Begriff ‚aktiver Betriebsinhaber‘ – Verordnung (EU) Nr 1306/2013 – Art 60 – Umgehungsklausel – **Begriff ‚künstlich geschaffene Voraussetzungen‘**

[07.04.2022, Rs C-228/20, I \(Exonération de TVA des prestations hospitalières\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst b – Steuerbefreiungen für bestimmte dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten – **Befreiung von Krankenhausbehandlungen** und ärztlichen Heilbehandlungen – **Private Krankeneinrichtung** – Ordnungsgemäß anerkannte Einrichtung – In sozialer Hinsicht vergleichbare Bedingungen

[07.04.2022, Rs C-236/20, Ministero della Giustizia ua \(Status der italienischen Friedensrichter\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – EGB-UNICE-CEEP-**Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge** – Paragraphen 2 und 4 – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 – Diskriminierungsverbot – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Friedensrichter und Berufsrichter** – Paragraph 5 – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Einsatzes befristeter Arbeitsverträge – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Bezahlter Jahresurlaub

[07.04.2022, Rs C-333/20, Berlin Chemie A Menarini](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 44 – Ort einer Dienstleistung – Durchführungsverordnung (EU) Nr 282/2011 – Art 11 Abs 1 – Dienstleistungen – **Ort der steuerlichen Anknüpfung** – Begriff der festen Niederlassung – Gesellschaft eines Mitgliedstaats, die mit einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaft verbunden ist – Von der **personellen und technischen Ausstattung** her geeignete Struktur – Fähigkeit, Dienstleistungen für den eigenen Bedarf der festen Niederlassung zu empfangen und zu verwenden – Durch eine **verbundene Gesellschaft** für die Empfängergesellschaft erbrachte Marketing-, Regulierungs-, Werbe- und Vertretungsdienstleistungen

[07.04.2022, Rs C-342/20, Veronsaajien oikeudenvallontayksikkö \(Exonération des fonds d'investissement contractuels\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Besteuerung – Art 63 und 65 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Beschränkungen – Besteuerung der Einkünfte juristischer Personen – **Befreiung von Investmentfonds** – Voraussetzungen für die Befreiung – Voraussetzung in Bezug auf die Vertragsform des Fonds

[07.04.2022, Rs C-385/20, Caixabank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – Effektivitätsgrundsatz – Äquivalenzgrundsatz – Gerichtliches Verfahren zur Feststellung der **Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel** – Befugnis des nationalen Gerichts zur Prüfung von Amts wegen – Nationales Kostenfestsetzungsverfahren – **Erstattungsfähige Kosten für Anwaltshonorare**

[07.04.2022, Rs C-429/20 P, Solar Ileias Bompaina/Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Markt für Strom aus **erneuerbaren Energiequellen** – Nationale Rechtsvorschriften, von denen behauptet wird, dass sie die Gewährung eines rechtswidrigen Vorteils für Stromversorger bewirken – Beschwerde

bei der Europäischen Kommission – Abweisender Beschluss ohne Einleitung des förmlichen Prüfverfahrens – Nichtigkeitsklage – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 1 Buchst h – Begriff ‚Beteiligte‘ – Unzulässigkeit

[07.04.2022, verb Rs C-447/20 u C-448/20, IFAP](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – **Eigenmittel der Europäischen Union** – Schutz der finanziellen Interessen der Union – **Verfolgung von Unregelmäßigkeiten** – Art 4 – Erlass verwaltungsrechtlicher Maßnahmen – Art 3 Abs 1 – **Verjährungsfrist** für die Verfolgung – Ablauf – Möglichkeit, sich in einem Zwangsvollstreckungsverfahren darauf zu berufen – Art 3 Abs 2 – Frist für die Vollstreckung – Anwendbarkeit – Beginn – Unterbrechung und Aussetzung – Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten

[07.04.2022, Rs C-489/20, Kauno teritorinė muitinė](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollkodex der Union – **Erlöschen der Zollschuld** – Unrechtmäßig in das Zollgebiet der Union eingeführte Waren – **Beschlagnahme und Einziehung** – Richtlinie 2008/118/EG – Verbrauchsteuern – Richtlinie 2006/112/EG – Mehrwertsteuer – Steuertatbestand – Fälligkeit

[07.04.2022, Rs C-561/20, United Airlines](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – **Zwei Teilflüge umfassender Flug mit Umsteigen** – Große Verspätung am Endziel, die ihre Ursache im zweiten Teilflug dieses Fluges zwischen zwei Flughäfen eines Drittstaats hat – Gültigkeit dieser Verordnung im Hinblick auf das Völkerrecht

[07.04.2022, Rs C-568/20, H Limited](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Anwendungsbereich – Art 2 Buchst a – **Begriff ‚Entscheidung‘** – In einem anderen Mitgliedstaat nach summarischer **kontradiktorischer Prüfung** einer in einem **Drittstaat ergangenen Entscheidung** erlassene Zahlungsanordnung – Art 39 – Vollstreckbarkeit in den Mitgliedstaaten

[07.04.2022, Rs C-645/20, V A und Z A \(Compétences subsidiaires en matière de successions\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Art 10 – **Subsidiäre Zuständigkeit in Erbsachen** – Gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes in einem nicht durch die Verordnung (EU) Nr 650/2012 gebundenen Staat – Erblasser, der die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats hat und in diesem Mitgliedstaat Vermögen besitzt – Pflicht des angerufenen Gerichts dieses Mitgliedstaats, von Amts wegen die Kriterien für seine subsidiäre Zuständigkeit zu prüfen – **Bestellung eines Nachlassverwalters**

[07.04.2022, Rs C-668/20, Y GmbH \(Oléorésine de vanille\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Kombinierte Nomenklatur** – Einreihung von Waren – Positionen 1302, 3301 und 3302 – **Extrahiertes Vanille-Oleoresin** – Verbrauchsteuern – Richtlinie 92/83/EWG – Steuerbefreiungen – Art 27 Abs 1 Buchst e – Begriff ‚Aroma‘ – Richtlinie 92/12/EWG – Verbrauchsteuerausschuss der Kommission – Kompetenzen

[07.04.2022, verb Rs C-102/21 u C-103/21, Autonome Provinz Bozen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Beihilferegelung** für den Bau kleiner Wasserkraftwerke – **Alpine Berghütten ohne Stromnetz** – Genehmigung durch die Europäische Kommission – Ablauf

[07.04.2022, Rs C-150/21, Prokuratura Rejonowa Łódź-Bałuty \(Jurisdiction compétente en matière pénale\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Gegenseitige Anerkennung** – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – Vollstreckung von Geldstrafen oder Geldbußen – Art 1 Buchst a Ziff ii – Von einer Verwaltungsbehörde erlassene Entscheidung, mit der eine Geldbuße verhängt wurde – Entscheidung, gegen die bei einem den **Weisungen des Justizministers unterstehenden Staatsanwalt** ein Rechtsbehelf eingelegt werden kann – Anschließend bei einem auch für Strafsachen zuständigen Gericht eingelegter Rechtsbehelf

[07.04.2022, Rs C-249/21, Fuhrmann-2](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2011/83/EU – Art 8 Abs 2 – Auf elektronischem Wege geschlossene Fernabsatzverträge – **Informationspflichten des Unternehmers** – Aktivierung einer Schaltfläche oder einer ähnlichen Funktion, um eine Bestellung mit Zahlungsverpflichtung zu tätigen – Eindeutige Formulierung, die den Worten ‚**zahlungspflichtig bestellen**‘ entspricht – Alleinige Berücksichtigung der **Worte auf der Schaltfläche** oder der ähnlichen Funktion, um die Ähnlichkeit einer solchen Formulierung zu beurteilen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[07.04.2022, verb Rs C-331/20 P u C-343/20 P, Volotea/Kommission \(GA Čapeta\)](#)

Rechtsmittel – Nichtigkeitsklage – Staatliche **Beihilfen** – Zurechenbarkeit – **Mittelbar Begünstigte** – Anwendbarkeit und Anwendung des Kriteriums des marktwirtschaftlich handelnden privaten Wirtschaftsteilnehmers

[07.04.2022, Rs C-460/20, Google \(Déréférencement d'un contenu prétendument inexact\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Antrag auf Auslistung angeblich unrichtiger Informationen und auf Entfernung von Bildern in Form von Vorschaubildern („**Thumbnails**“)

[07.04.2022, verb Rs C-475/20 bis C-482/20, Admiral Gaming Network \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV – Beschränkungen – **Glücksspiel** – Konzessionen für die Annahme von Wetteinsätzen – Nationale Vorschriften, die die den **Konzessionären zustehenden Vergütungen** herabsetzen – Grundsatz des Vertrauensschutzes

[07.04.2022, Rs C-616/20, M2Beauté Cosmetics \(GA Čapeta\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2001/83/EG – **Begriff des Funktionsarzneimittels** – Strukturanalogen – Wissenschaftliche Erkenntnisse – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Kosmetisches Mittel – Der menschlichen Gesundheit nennenswert förderliche Wirkungen – **Schädliche Wirkungen** eines Erzeugnisses

[07.04.2022, Rs C-638/20, MCM \(Aides financières pour études à l'étranger\) \(GA Medina\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Gleichbehandlung – Soziale Vergünstigungen – Art 45 AEUV – Verordnung [EU] Nr 492/2011 – Art 7 Abs 2 – **Studienbeihilfe für ein Studium im Ausland** – Wohnsitzerfordernis – Voraussetzung der **sozialen Eingliederung nichtansässiger Studierender** – Student, der Staatsangehöriger des Staates ist, der die Beihilfe gewährt, und der seinen ständigen Wohnsitz in dem Staat hat, in dem er studiert – Elternteil, der zuvor im Studienstaat als **Wanderarbeitnehmer** tätig war

[07.04.2022, Rs C-675/20 P, Brown/Kommission und Rat \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Art 4 Abs 1 des Anhangs VII des Statuts – **Auslandszulage** – Kriterien – Annahme der Staatsangehörigkeit des **Ortes der dienstlichen Verwendung** nach Dienstantritt – Aberkennung des Anspruchs auf Erhalt der Auslandszulage durch die Kommission

[07.04.2022, Rs C-696/20, Dyrektor Izby Skarbowej w W \(Qualification erronée d'opérations en chaîne\) Communicatie en Handel \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuerrichtlinie – Art 41 – Anwendbarkeit – **Nicht steuerbefreite innergemeinschaftliche Lieferung** – Von der Steuerbehörde vorgenommene **Neueinstufung eines Umsatzes** im Rahmen von Reihengeschäften – Verpflichtung zur Entrichtung der Mehrwertsteuer auf den von einem Beteiligten falsch als innerstaatlich eingestuft Umsatz – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

[07.04.2022, Rs C-721/20, DB Station & Service \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehrsleistungen – Art 102 AEUV – **Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Richtlinie 2001/14/EG – Art 30 – **Regulierungsstelle für den Eisenbahnverkehr** – Wettbewerbsrechtliche Überprüfung der Entgelte – Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Zivilgerichten und der Regulierungsstelle

[07.04.2022, Rs C-19/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Refus de prise en charge d'un mineur égyptien non accompagné\) \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Asylpolitik – Kriterien und Mechanismen zur Bestimmung des für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaats – Verordnung (EU) Nr 604/2013 (**Dublin-III-Verordnung**) – Art 8 Abs 2 – **Unbegleiteter Minderjähriger**, der behauptet, einen Verwandten zu haben, der sich rechtmäßig auf dem Gebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhält – Art 27 – Ablehnung des Aufnahmegesuchs des Antragstellers durch die zuständigen Behörden dieses anderen Mitgliedstaats – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – **Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf**

[07.04.2022, Rs C-294/21, Navitours \(GA Szpunar\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuern – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 2 Nr 1 und Art 9 Abs 2 Buchst b – Anwendungsbereich – Steuerbare Umsätze – **Ort der Beförderungsleistung** – Ausflugschifffahrten auf der Mosel – Fluss mit Status eines Kondominiums

C. GERICHT

[06.04.2022, Rs T-506/21, Saure/Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Von der Kommission im Namen der Mitgliedstaaten geschlossene Verträge über die **Lieferung von COVID-19-Impfstoffen** – E-Mails zur Einladung zu Sitzungen des Lenkungsausschusses – Teilweise Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum **Schutz der Privatsphäre** und der Integrität des Einzelnen – Keine Erforderlichkeit der Übermittlung personenbezogener Daten für einen bestimmten, im öffentlichen Interesse liegenden Zweck – Art 9 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2018/1725

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

05.04.2022, Beschwerde Nr [28470/12](#), NIT S.R.L. / Republik Moldau GK

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); **keine Verletzung von Art 1 1. ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); gerechtfertigter Widerruf der Sendelizenz eines Fernsehsenders nach wiederholter und schwerwiegender Verletzung der Verpflichtung, politische Ausgewogenheit und Pluralismus in Nachrichtensendungen zu gewährleisten; allgemeine Grundsätze bei Herstellung eines angemessenen Gleichgewichts zw politischem Pluralismus und redaktioneller Freiheit; breiter Ermessensspielraum bei Wahl der Mittel zur Gewährleistung des Medienpluralismus; Fairness des Verfahrens und Verfahrensgarantien besonders wichtig bei Beurteilung der Verhältnismäßigkeit des Lizenzentzugs; Konventionskonformität der nationalen Regelungen; Sanktion frei von politischer Motivation und verhältnismäßig; Möglichkeit, innerhalb eines Jahres neue Lizenz zu beantragen; gerechter Ausgleich zw den konkurrierenden Interessen

05.04.2022, Beschwerde Nr [20165/20](#), Assemblée chrétienne des Témoins de Jéhovah d'Anderlecht ua / Belgien

Verletzung von Art 14 EMRK (Verbot der Diskriminierung) iVm **Art 9 EMRK**(Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) und **Art 1 1. ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); keine Steuerbefreiung für Immobilien, die für öff Ausübung von nicht anerkannten Religionen genutzt werden; Anerkennungssystem weist Mängel an Mindestgarantien für Gerechtigkeit und Objektivität auf; Besteuerung als erhebliche Beeinträchtigung des Funktionierens der Religionsgemeinschaften; Ungleichbehandlung ohne objektive und angemessene Rechtfertigung; Gefahr der Willkür

07.04.2022, Beschwerde Nr [10929/19](#), Landi / Italien

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); Frau Landi (Bf) machte geltend, dass der Staat nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriff, um sie und ihre Kinder vor **häuslicher Gewalt** des Partners zu schützen; häusliche Gewalt führte zu Ermordung des einjährigen Kindes und zu ihrem eigenen Mordversuch; nat Behörden sind ihrer Pflicht nicht nachgekommen, unverzügliche und proaktive Bewertung der Gefahr einer Wiederholung der gegen die Bf und ihre Kinder begangenen Gewalttaten und präventive Maßnahmen zum Schutz dieser zu ergreifen; Untätigkeit der Behörden, welche dem Partner der Bf ermöglichte, sie ungehindert und ungestraft zu bedrohen, belästigen und anzugreifen; keine sofortige Reaktion der Behörden, wie in Fällen häuslicher Gewalt erforderlich; Behörden haben nicht die erforderliche Sorgfalt walten lassen und sind ihrer Verpflichtung zum Schutz des Lebens nicht nachgekommen

07.04.2022, Beschwerde Nr 41023/19, Miklić / Kroatien

Verletzung von **Art 5 Abs 1 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Unterbringung des Bf in psychiatrischer Einrichtung nach Verurteilung aufgrund aufdringlichen und bedrohlichen Verhaltens, das er als Minderjähriger und bei mangelnder geistiger Leistungsfähigkeit begangen hatte; Verlängerung der Unterbringung in Verfahren beschlossen, das im Widerspruch zu innerstaatlichen Rechtsvorschriften stand und nicht auf objektiven und aktuellen med Gutachten beruhte; Gutachten, auf das sich die Gerichte stützten, konnte nicht als objektiv und aktuell im Sinne der Rsp des Gerichtshofs angesehen werden; keine der vorgebrachten Erklärungen rechtfertigte die Tatsache, dass kein neues Sachverständigengutachten angeordnet werden konnte, wie es das innerstaatliche Recht vorschreibt

07.04.2022, Beschwerde Nr 2338/20, Callamand / Frankreich

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ablehnung des Antrags der Bf auf Umgangsrecht mit Kind des ehemaligen Ehepartners, welches durch medizinisch unterstützte Fortpflanzung gezeugt worden war; Feststellung echter persönlicher Bindungen zw Bf und Kind, welche durch Art 8 EMRK geschützt sind; Bf beantragte lediglich das Kind weiter gelegentlich zu sehen; kein gerechter Ausgleich zw den Interessen der Bf und dem Wohl des Kindes; hinsichtlich Beschwerde wegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung wurde der innerstaatliche Rechtsweg nicht wie erforderlich ausgeschöpft

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 183/2021 , ausgegeben am 22.10.2021	23.10.2021	30.06.2022
204. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl I 204/2021 , ausgegeben am 13.12.2021	14.12.2021	<i>unverändert</i>
255. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl. I Nr. 255/2021 , ausgegeben am 31.12.2021	01.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz und das Epidemiegesetz 1950 geändert werden, BGBl. I Nr. 6/2022 , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>unverändert</i> (§ 9 Abs.3 tritt mit 05.02.2022 außer Kraft)

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021 BGBl II 501/2021 : VfGH: § 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 30.11.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020

162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	23.11.2021
483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 483/2021 , Anlage , ausgegeben am 23.11.2021	24.11.2021	<i>Keine Angabe</i>
2. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl. II Nr. 2/2022 , ausgegeben am 03.01.2022	04.01.2022	<i>Keine Angabe</i>
44. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl. II Nr. 44/2022 , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>Keine Angabe</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020 , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:	01.05.2020	30.06.2020

<ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p>BGBl II 318/2021: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p>BGBl II 359/2021: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>		
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 358/2021: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.07.2020	31.12.2020
<p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020, ausgegeben am 02.07.2020</p>	03.07.2020	<i>unverändert</i>

332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft. BGBl II 11/2022: VfGH: § 6 Abs. 1a, 1b und 3a für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 14.01.2022</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab

<p>Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i></p>		03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 	17.12.2020 §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft

<p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH: BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des</p>

		16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 465/2021 , ausgegeben am 14.11.2021 Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft	15.11.2021	21.11.2021 (lt. BGBl II 475/2021) 24.11.2021
467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 467/2021 , ausgegeben am 15.11.2021	16.11.2021	<i>unverändert</i>
537. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 6. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 537/2021 , ausgegeben am 10.12.2021	12.12.2021	21.12.2021 31.12.2021 (lt. BGBl II 568/2021)

		10.01.2022 (lt. BGBl. II 601/2021) 20.01.2022 (lt. BGBl. II 6/2022) 30.01.2022 (lt. BGBl. II 24/2022)
556. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 556/2021 , ausgegeben am 16.12.2021	17.12.2021	§21 Abs. 13 mit 17.12.2021 <i>Rest: unverändert</i>
568. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (2. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 568/2021 , ausgegeben am 20.12.2021 <i>Manche §§ sind am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2021 nicht anzuwenden.</i>	22.12.2021	31.12.2021
588. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (3. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 588/2021 , ausgegeben am 23.12.2021	27.12.2021	<i>unverändert</i>
601. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (4. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 601/2021 , ausgegeben am 30.12.2021	§ 25 Abs. 1 und 7 ab 01.01.2022 § 2, § 3 Abs. 4, § 14 Abs. 2 Z 1a lit. c sowie § 21 Abs. 7 und 7a ab 03.01.2022	10.01.2022
602. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (5. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 602/2021 , ausgegeben am 30.12.2021	02.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (6. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 6/2022 , ausgegeben am 10.01.2022	11.01.2022	20.01.2022
24. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (7. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 24/2022 , ausgegeben am 20.01.2022	21.01.2022	30.01.2022
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

25.11.2020		
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021
475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV), BGBl II 475/2021 , ausgegeben am 21.11.2021	22.11.2021	04.12.2021 11.12.2021 (lt. BGBl II 511/2021)
511. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-NotMV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 511/2021 , ausgegeben am 01.12.2021	02.12.2021 § 2 Abs. 2 Z 1 mit 06.12.2021	11.12.2021 § 18 Abs. 11 mit 06.12.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021 (lt. BGBl. II 247/2021)
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>

223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>

2. COVID-19-Öffnungsverordnung

278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 30.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 28.07.2021 19.08.2021 (lt. BGBl II 321/2021) 17.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021 , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021 , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021 , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021	30.09.2021

	§ 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 367/2021	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021 § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021

Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021	15.09.2021	<i>unverändert:</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 429/2021 , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV

441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, BGBl. II 441/2021 , ausgegeben am 25.10.2021	01.11.2021 § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021	15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021) 12.12.2021 (lt. BGBl.
--	---	--

Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.		II 459/2021) 30.11.2021 §§ 12 bis 16: 05.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 28.11.2021 § 19 Abs. 10: 15.11.2021
456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 456/2021 , ausgegeben am 02.11.2021	08.11.2021	<i>unverändert</i>
459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden (2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 459/2021 , ausgegeben am 07.11.2021	§ 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit 15.11.2021 § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021 Rest mit 08.11.2021	12.12.2021 §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021 § 12 Abs. 9 mit 08.11.2021 § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021

4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV

34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, erlassen wird (4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV), BGBl. II Nr. 34/2022 , ausgegeben am 29.01.2022	31.01.2022	27.02.2022 12.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 55/2022) 04.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 86/2022) §§ 13 bis 17: 09.02.2022 14.02.2022 (lt. BGBl. II Nr. 46/2022) 21.02.2022 (lt. BGBl. II Nr. 55/2022) 28.02.2022 (lt. BGBl. II Nr. 62/2022) 04.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 71/2022)
34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 34/2022 , ausgegeben am 29.01.2022	01.02.2022	<i>unverändert</i>
38. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden,	01.02.2022	<i>unverändert</i>

geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 38/2022 , ausgegeben am 31.01.2022		
46. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 46/2022 , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	§§ 13 bis 17: 14.02.2022 § 20 Abs. 7 Z 3 und § 20 Abs. 12 Z 3 treten mit 05.02.2022 außer Kraft
55. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 55/2022 , ausgegeben am 11.02.2022	12.02.2022	12.03.2022 §13 bis 17: 21.02.2022 § 13 Abs. 1 Z 7 mit 12.02.2022 außer Kraft
62. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 62/2022 , ausgegeben am 18.02.2022	19.02.2022	<i>Unverändert</i> §13 bis 17: 28.02.2022 § 20 Abs. 8 und 15 mit 19.02.2022 außer Kraft
71. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 71/2022 , ausgegeben am 25.02.2022	26.02.2022	<i>unverändert</i> §13 bis 17: 04.03.2022

COVID-19-Basismaßnahmenverordnung (COVID-19-BMV)

86. Verordnung betreffend grundlegende Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Basismaßnahmenverordnung – COVID-19-BMV), BGBl. II Nr. 86/2022 , ausgegeben am 03.03.2022	05.03.2022	02.04.2022 16.04.2022 (lt. BGBl. II Nr. 121/2022)
121. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend grundlegende Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Basismaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 121/2022 , ausgegeben am 23.03.2022	24.03.2022	16.04.2022 § 3 Abs. 5 mit 24.03.2022 außer Kraft
124. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Basismaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 124/2022 , ausgegeben am 24.03.2022	25.03.2022	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#).

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Hans Ebner (LL.M.), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, MMag. (FH) Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Karin Schmid-Küllinger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.